



## Säbelgerassel

"Die Ähnlichkeiten sind verblüffend. 1947 waren es als Stammesangehörige verkleidete pakistanische Soldaten, die ins Kashmirtal eindrangen und damit den ersten Konflikt zwischen den beiden Staaten erzeugten. Das Aufspüren von 3.000 pakistanischen Agenten im Tal ging dem Krieg von 1965 voraus. Jetzt gibt es in Kashmir viel mehr davon, die zudem besser ausgebildet und bewaffnet sind und eine stärkere Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung genießen. Nachdem der Druck an der Grenze zu Afghanistan weg ist, hat Pakistan seine Truppen nach Osten zur 'Operation Zarb-e-Momin' verlagert. So will der Nachbar offensichtlich Stärke demonstrieren". Dies glaubt Jasjit Singh, Direktor des Instituts für Verteidigungsstudien in New Delhi in seinem Beitrag 'Säbelgerassel'.

Weil der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um die Kashmirregion sich in den vergangenen Wochen erneut verschärft hat, setzt 'Südasiens' die Berichterstattung darüber fort - und zwar aus indischer und pakistanischer Sicht. In seiner Analyse 'Eine gefährliche Trennlinie' plädiert der ehemalige Außenminister Indiens, A.P. Venkateswaran, für eine diplomatische Offensive der indischen Regierung. Ein weiterer Beitrag schildert die Ereignisse aus pakistanischer Sicht. Er wurde uns in englischer Sprache von der Botschaft Pakistans in Bonn zur Veröffentlichung übersandt. Am Ende der Kashmir Berichterstattung ein Interview mit dem Führer der 'Jammu and Kashmir Liberation Front', Amanullah Khan.



Proteste im indischen Teil von Kashmir (Foto: India Today)

Die unruhige Lage in Kashmir sowie Pakistans rüde Haltung scheinen für viele ganz plötzlich erst während der letzten Monaten entstanden zu sein. Es war jedoch schon länger als ein Jahr klar, daß die Dinge nicht in Ordnung sind und eine gefährliche Situation zu entstehen drohte. Mitte Oktober vergangenen Jahres hatte der derzeitige indische Außenminister, I.K. Gujral, freimütig über die zunehmende Entfremdung der Bevölkerung des Kashmirtals und die Notwendigkeit, mit dieser Situation besser umzugehen, geschrieben. Seit Mitte 1989 war zumindest auch klar, daß sich Pakistan von seinen Verpflichtungen aus dem Shimla-Abkommen entfernte, und daß es keine Gelegenheit ungenutzt lassen würde, um auf seine fundamentalen Ziele in Bezug auf Indien hinzuarbeiten.

## KASHMIR: JAHRZEHENTE ALTES PROBLEM

In Kashmir hat sich die politische Lage weiter zuge-spitzt. Das Gebiet, daß das heutige pakistanische Azad-Kashmir, das nördlich davon liegende Baltistan und Gilgit, und das indische Jammu und Kashmir ein-schloß, wurde bis 1949 von einem hinduistischen Maha-rama regiert. Nach der Auflösung Britisch-Indiens in die Staaten Indien und Pakistan im Jahre 1947 entzün-dete sich am Streit um den Gebietsanspruch dieser Region der erste Krieg beider Staaten, der 1949 eine Teilung Kashmirs zur Folge hatte: in den nördlichen Teil Azad Kashmir und Jammu und Kashmir. Die Bevöl-kerung beider Landesteile setzt sich neben einer hinduistischen und buddhistischen Minderheit überwiegend aus Muslimen zusammen. Schauplatz des aktuellen Kon-flikts ist das indische Jammu und Kashmir. Die musli-mische Mehrheit dort - ihre Zahl wird auf 3,6 Millio-nen geschätzt - fordert ihre Unabhängigkeit.

Der seit zwei Jahren eskalierende Streit weitet sich zusehends zum offenen Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan aus. Entstanden war der 'Kashmirkonflikt' unmittelbar nach der Aufteilung des indischen Subkon-tinents in die beiden unabhängigen Dominien Indien und Pakistan durch den 'Indian Independence Act' von 1947. Dieser räumte den indischen Fürsten das Recht ein, ihre Territorien dem pakistanischen bzw. indischen Staat anzugliedern.

Aufständische Muslime verbündeten sich mit Stammes-angehörigen, den Pathans, aus der nordwestlichen Grenz-provinz (NWFP) und kämpften unter Befehl des Ex-Majors Khurshid Anwar bis sie Srinagar und andere Städte in ihre Gewalt gebracht hatten. Indien reagierte mit dem Einmarsch seiner Truppen. Auf Vorschlag des damaligen indischen Generalgouverneurs Sir Mountbatten, sollte das 'Zugehörigkeitsproblem' Kashmirs durch die dort

lebende Bevölkerung gelöst werden. In Verhandlungen mit Pakistans Generalgouverneur Muhammad Ali Jinnah legten beide Staaten folgende Lösungen vor: Indien bot eine Volksabstimmung an, unter der Voraussetzung, daß die revoltierenden Stammesangehörigen abzögen. Damit war Pakistan, das Truppen nach Kashmir ausgesandt hatte, nicht einverstanden. Jinnah forderte einen Waffenstillstand und eine völlige Endmilitarisierung der Region. Danach sollte Kashmir unter die Schirm-herrschaft der Generalgouverneure beider Staaten gestellt werden. Ein darauf folgendes Plebiszit hätte dann die endgültige Entscheidung über die Zukunft Kashmirs bringen sollen. Dieser Vorschlag wurde von Indien abgelehnt. Indien reichte Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat ein. Pakistan mische sich in indische Angelegenheiten ein, hieß es. Im Januar 1948 schuf der Sicherheitsrat die UN-Kommission für Indien und Paki-stan (UNCIP), die 1948/49 nach Verhandlungen mit den Führern beider Staaten die Waffenruhe herstellte. Ein darauffolgendes Friedensabkommen sollte einen dauer-haften Waffenstillstand garantieren. Es kam jedoch nicht zu einer Unterzeichnung. Kashmir wurde durch die 'cease-fire-line' zweigeteilt. 1962, nach dem indisch-chinesischen Krieg, wurden weitere Versuche seitens beider Länder unternommen, den Kashmirkonflikt beizu-legen. Doch aufgrund Regierungsumbildungen kam es nicht zu den gewünschten Verhandlungsergebnissen. Seit 1965 wurden die Zusammenstöße zwischen muslimischen 'Freiheitskämpfern' und der indischen Armee immer hef-tiger und mündeten im zweiten pakistanisch-indischen Krieg, der durch Vermittlungsbemühungen der UNO ge-schlichtet wurde.

Zu dieser Zeit wurde in London von M. Butt und Ama-nullah Khan die 'Jammu and Kashmir Plebiszit Front'

Pakistans als Nationalstaat, solange diese Philosophie nicht erfolgreich umgesetzt ist.

Das Gefühl der Unsicherheit wurde angesichts des Wegbrechens von Ostpakistan als Resultat von (West-)Pakistans eigener Unfähigkeit, das Urteil der Moslems bei den ersten freien Wahlen zu respektieren, nur ver-stärkt. Nach der Trennung Ostpakistans verblieb ein Land, in dem einerseits die Menschen lebten, die in ihrem Innersten das 'Konzept Pakistan' bis zum Vor-abend der Teilung 1947 abgelehnt hatten. Andererseits bestand der Staat aus jenen aus Indien Eingewanderten Moslems, die auf der Suche nach dem versprochenen Heimatland nach Pakistan kamen. Letztere, konfrontiert mit permanenter Diskriminierung, gründeten ihre eigene politische Partei, die 'Mohajir National Front' (MQM), um für ihre Rechte zu kämpfen.

Die Flucht hin zur islamischen Identität mit seiner Orthodoxie und seinem Fundamentalismus unter General Zia-ul-Haq war der Versuch, die Legitimität des Natio-

(JFPF) gegründet. Ziel der Organisation war der Kampf für ein unabhängiges, souveränes Kashmir, das die Ge-biete des pakistanischen Azad-Kashir, das nördliche Baltistan und Gilgit und das indische Jammu und Kashmir umfassen soll. Seit M. Butt 1976 von der indischen Regierung verhaftet und hingerichtet wurde, entwickelte sich die Organisation in eine Guerillabe-wegung. Sie nannte sich in 'Jammu and Kashmir Libera-tion Front' (JKLF) um. Ihr Führer ist Amannullah Khan (siehe auch Interview mit ihm in dieser Ausgabe). Eine weitere militante Gruppierung ist die 1974 gegründete 'Jammu and Kashmir Peoples League' (JKPL). Ihr Ziel war eine Kampagne gegen den von Indira Gandhi und Sheikh Abdullah, dem Begründer der kashmirischen Par-tei 'All Jammu and Kashmir National Conference', geschlossenen Pakt. Die JKPL hat sich heute in zwei Gruppen gespalten. Der Flügel des von der indischen Regierung verhafteten Shabbir Shah soll die politische Szene dominieren. Er findet vor allem bei der jüngeren Generation Unterstützung. Forderung ist die Durchfüh-rung der UN-Resolution von 1948, wonach in Kashmir ein Referendum erfolgen muß. Neben diesen, die politische Situation beherrschenden Organisationen gibt es noch religiös-politische Parteien wie die 'Jammu Kashmir Jamaat-e-Islami', die 'Jammu Kashmir Awami-Majlis-e-Amal' und viele kleine Splittergruppen. Diese wünschen eine Angliederung Kashmirs an Pakistan.

Letzter Auslöser für die sich zuspitzende Situation war eine Ausgangssperre, die von der Regierung in Neu Delhi Ende letzten Jahres über Srinagar und andere Städte der Region verhängt wurde, nachdem eine öffent-liche Protestkundgebung der 'Freiheitskämpfer' statt-gefunden hatte. Nach den Kundgebungen kam es durch das Eingreifen indischer Armeeeinheiten zum offenen Kampf.

nalstaats abzusichern, woraus die Ansprüche auf Kash-mir einerseits und die Einmischung in Afghanistan andererseits erwachsen. Das Shimla-Abkommen von 1972 war jedoch eine Anerkennung der Gebietsrealitäten. Zulfikar Bhutto war scharfsinnig genug zu erkennen, daß eine Orientierung zum Westen hin das Unsicher-heitsgefühl, das dieser Philosophie innewohnt, redu-zieren könnte. Doch seine Einmischung und sein Ein-greifen in Afghanistan sollten zu weitreichenden Kon-sequenzen führen.

In Erinnerung gerufen werden muß auch, daß Pakistan in der Vergangenheit bereits zwei Versuche zur Annektie-rung Kashmirs unternommen hat, abgesehen von den vie-len nicht durchgeführten Plänen. In beiden Fällen lautete die Strategie Infiltration, Unruhe stiften und Kontrolle ergreifen, notfalls mit militärischen Mit-teln. Beide Versuche scheiterten aber an der Bevöl-kerung, vor allem an der moslemischen, die nicht mit-machte. Mit Hilfe einer verbesserten Planung und den Erfahrungen aus den Experimenten mit dem Leben von

Die Ursachen für die politischen Unruhen liegen nach pro-pakistanischer Auffassung in einer 40-jährigen Unterdrückung der Muslim Bevölkerung. Der bewaffnete Widerstand, der im Juli 1988 begann, lehnt sich gegen die Fremdherrschaft Neu Delhis auf. Der Konflikt, auf den nun auch die Blicke der islamischen Welt gerichtet sind, internationalisiert sich zusehends. Er ist zu einem ernsthaften Problem für Indien geworden. Neu Delhi veranlaßte kürzlich die Ablösung des Minister-präsidenten von Kashmir, Dr. Farooq Abdullah durch den Generalgouverneur Jagmohan. Auf seine Veranlassung wurde die indische Militärpräsenz weiter verstärkt.

Korruption, Arbeitslosigkeit und Manipulation während der indischen 'assembly'-Wahlen in Jammu und Kashmir 1987 führten zu einer immer größer werdenden Populari-tät des separatistischen Lagers und der muslimischen Fundamentalisten. Durch die Eskalation des Konflikts werden die Beziehungen zwischen Indien und Paki-stan nachhaltig belastet. Indien wirft Pakistan vor, die "aufrührerische Masse" zu unterstützen und im an das indische Jammu und Kashmir angrenzende Azad-Kashmir auszubilden. Pakistan weist diese Vorwürfe zurück.

Sowohl die Regierung von V.P. Singh als auch die Po-sition der pakistanischen Regierungschefin Benazir Bhutto sind zu instabil, was eine baldige bilaterale Lösung des Konflikts erschwert. Singh ist im Parlament auf die Stimmen der hindu-nationalistischen BJP ange-wiesen, die äußerste Härte beim Vorgehen gegen die Aufständischen verlangt. Bhutto, die unter dem Druck eines parlamentarischen Mißtrauensvotums steht, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Moslems in Kashmir nicht ausreichend zu unterstützen.

Angelin Malik

Afghanen sowie mit US- und saudiarabischer Finanzhil-fe, Ausrüstung und Sachkenntnis und einer ergänzenden Strategie, Unruhe durch die Unterstützung von sezes-sionistischen und terroristischen Aktivitäten im Pun-jab und in Jammu/Kashmir zu schüren, erwartet Pakistan eher einen Erfolg im Erreichen seines Ziels. Natürlich kann dies nur dann erreicht werden, wenn wir mit un-serer Innenpolitik zuerst einmal die Grundlagen dafür schaffen.

Pakistan geht heute aufgeklärter vor als noch 1947 oder 1965. Es gewährt militanten Gruppen und Terror-isten in Jammu/Kashmir offene und verdeckte Unterstüt-zung über die Führer von 'Pakistan Occupied Kashmir' (POK; Anm.: der pakistanische Teil Kashmirs wird in Indien als POK bezeichnet). Indien wurde durch Benazir Bhuttos Bekundungen der Anerkennung des Shimla-Abkom-mens und die Aussichten auf eine Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen in ein Stadium der Selbstgefälligkeit versetzt. Die Unterstützung der USA während des letzten Jahrzehnts steigerte Pakistans

militerische Kapazitäten soweit, daß es mit Indien fast gleichgezogen hat (1947 stand es noch 2:1 für Indien, als Pakistan seine erste Aggression begann). Die Zugeständnisse der Amerikaner im geostrategischen Kontext sprechen sogar für Vorteile auf Seiten Pakistans.

Die Wurzel für die Probleme Pakistans ist die Schwäche seiner politischen Institutionen. Und genau dies war der Fluch, der auf den indisch-pakistanischen Beziehungen lag. Nach General Zias Tod und der Rückkehr zur Demokratie sind mindestens vier Machtzentren erkennbar, die ein unterschiedliches Maß an Unterstützung seitens der USA genießen: eine Premierministerin mit einer hauchdünnen Mehrheit, der alte brokratiege-

Afghanistanpolitik, nunmehr als Zuschauer, erleben müssen. Die militärische Option, wie sie von General Zia öffentlich proklamiert worden war, versagte schon vor langer Zeit klglich. Statt des Zusammenbruchs des PDP-Regimes, der im Westen (teilweise sogar im Osten) bis vor einem Jahr noch triumphierend vorausgesagt wurde, sitzt Prsident Najibullah siegessicherer und fester im Sattel als je zuvor. Eine Regelung zwischen der UdSSR und den USA ist unausweichlich und wird wohl unterzeichnet werden, sobald eine Formel gefunden ist, die den USA das Gesicht wahrt. Wie die Lösung auch aussehen wird, Pakistan wird sie dem Volk schwer vermitteln können. Seit die Wirkungen der Afghanistan-Politik innerhalb des Landes als negativ erkannt sind (Ausbreitung der Heroin-Kalashnikov-Kultur, Spaltung

INDIA		DEFENCE EXPENDITURE (1988-89)	PAKISTAN	
Rs. 1,320 crore (\$ 9.12 billion)			Rs. 49.75 billion (\$ 2.6 billion)	
1,260,000		TOTAL ARMED FORCES	520,000	
1,100,000		ARMY	480,000	
3,150		TANKS	1,750	
3,860		ARTILLERY	1,500	
110,000		AIR FORCE	25,000	
836		COMBAT AIRCRAFT	451	
152		HELICOPTERS	20	
50,000		NAVY	15,000	
17		SUBMARINES	6	
2		AIRCRAFT CARRIERS		
5		DESTROYERS	7	
23		FRIGATES	10	
13		MISSILE CRAFTS	8	
8		CORVETTES		

Riesige Waffenarsenale auf beiden Seiten (aus: India Today)

stützte 'Knigsmacher', Prsident Ishaq Khan, der noch bis April große Vollmachten besitzt, die vom Regierungschef des Punjab - dessen Bevölkerung Pakistan vier Jahrzehnte lang beherrschte - geführte Opposition und das Militär, das gemeinsam mit den Bürokraten in der Kulisse darauf wartet, wieder in den Ring zu treten. Diese Machtzentren versuchen in unterschiedlicher Weise, den besten anti-indischen Standpunkt zu finden, um jeweils für sich innenpolitische Unterstützung und Popularität zu erheischen.

Pakistan hat bereits die Folgen seiner verfehlten

der Gesellschaft durch ethnische Gewaltakte, Verfall der Wirtschaft, anhaltende Last durch große Flüchtlingsströme aus Afghanistan, usw.), muß die herrschende Elite einschließlich der verschiedenen Machtzentren die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der westlichen zur östlichen Grenze Pakistans umlenken.

Dies ist auch notwendig, falls Pakistan innerhalb der islamischen Welt seine bedeutende Rolle behalten will. Tatsächlich ist die eingenommene Kashmir-Strategie geeignet, das islamische Ansehen Pakistans zu stärken, und dies wiederum verstärkt die Legitimation der ei-

genen Nation, indem teilweise die innenpolitischen Fehler ausgeglichen werden. In der Kontroverse zwischen den islamischen Staaten darum, wer am islamischsten ist oder der Beste für die islamische Sache, überrascht die Haltung des Iran überhaupt nicht. Doch muß dies im richtigen Zusammenhang gesehen werden. Der Iran hat sich auch an Moskau gewandt mit der Bitte, in Aserbaidschan keine Gewalt anzuwenden, und doch plant Rafsanjani weiterhin seinen Moskaubesuch. Es ist bedauerlich, daß Außenminister Gujral's Besuch und das Treffen der gemeinsamen indisch-iranischen Kommission verschoben werden mußte. Damit hat die iranische Regierung eine wichtige Gelegenheit versäumt, sich über die Entwicklungen auf dem Subkontinent zu informieren. Jedoch sollten wir nicht übertrieben enttäuscht sein. Nimmt man den starken Einfluß der Fundamentalisten im Iran, so hätte eine negative Erklärung am Ende des Besuchs in der Tat schädlich sein können.

Pakistans aktuelle Politik orientiert sich an einer Neuinterpretation des Shimla-Abkommens und belebt aufs Neue das, was Benazir Bhutto als das "angeborene Recht" des Volkes von Kashmir auf Selbstbestimmung bezeichnet. Im ersten Teil geht es darum, daß die beiden Staaten im Shimla-Abkommen übereingekommen sind, ihre Streitigkeiten und Differenzen durch Verhandlungen beizulegen, und Kashmir ist ein Streitgegenstand und folglich verhandelbar. Es ist offenkundig, daß Pakistans Forderungen nach und Unterstützung für "Selbstbestimmung" und die Ermutung von secessionistischen und terroristischen Aktivitäten eine grobe Verletzung des Shimla-Abkommens darstellen. Der Chef der in 'Pakistan Occupied Kashmir' regierenden Partei, Mohammed Ibrahim Khan, hat bereits die Aufstellung einer Expeditionstruppe mit 10.000 Mann, bestehend aus ehemaligen Soldaten, gefordert. Sie sollen in Kashmir einmarschieren und die Waffenstillstandslinie mit dem offenkundigen Ziel überqueren, die im Abkommen festgelegte Kontrolllinie zu verändern. Pakistan ist als Mitglied der 'Südasiatischen Staaten-gemeinschaft' (SAARC) Unterzeichner des Abkommens zur Kooperation der Staaten beim Kampf gegen Terrorismus. Und trotzdem fordern die Führer der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) öffentlich zu terroristischen Aktionen in Jammu/Kashmir auf. Sie übernehmen dafür sogar die Verantwortung und die Regierung Pakistans ermutigt solche Aktivitäten auch noch.

Pakistan rückt damit von seinen Verpflichtungen aus der UNO-Resolution ab. Es bezieht sich jedoch gleichzeitig auf diese Resolution bei seiner Forderung nach einem Volksentscheid in Kashmir. Pakistan hätte in der Vergangenheit keine Chance gehabt, einen solchen Entscheid zu gewinnen. Aber das alles ist nur ein Teil der Wahrheit: Die Resolution verlangt den Rückzug der pakistanischen militärischen und nicht-militärischen Kräfte aus Jammu/Kashmir. Die in der Resolution festgelegte Volksabstimmung war abhängig von der Einhaltung dieser Bedingungen und von der Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Das Problem liegt darin, daß Pakistan sich nicht an seine internationalen Verpflichtungen hält, die es freiwillig eingegangen ist.

Seine gegenwärtige Haltung könnte aber auch aus einer Reihe von (Fehl-)Einschätzungen resultieren. Erstens, daß die Sowjetunion in ihrem gegenwärtigen Zustand des 'Rückzugs' und der Verbesserung der Beziehungen zum Westen ihre Art der Unterstützung für Indien - so, wie in der Vergangenheit -, nicht aufrechterhalten kann. Dies läßt allerdings den wesentlichen Aspekt außer Acht, daß die Sowjetunion Indien früher nicht so sehr brauchte, wie dies gegenwärtig und zukünftig der Fall sein wird. Zugleich sind die indisch-amerikanischen Beziehungen während der letzten Jahre im Aufschwung. Pakistan wird versuchen, diese Entwicklung zu bremsen, wenn nicht gar zu stoppen, indem es die USA mehr auf seine Seite zwingt. Beiden Seiten ist bewußt, daß die USA den Bruch mit Pakistan riskieren, falls sie dem nicht Folge leisten. Pakistan würde dann auch stärker auf einen eigenen Status als Atommacht hinarbeiten. Die USA wiederum werden ihren Einfluß schnell verlieren, falls sie nicht sofort einigen Druck auf Pakistan ausüben, damit es seine politisch-diplomatische Offensive jetzt bremst.

Währenddessen haben China und Indien ihre Beziehungen verbessert. Der Besuch des chinesischen Regierungschefs Li Peng kürzlich in Pakistan brachte einen Dämpfer für die pakistanischen Erwartungen bezüglich einer großen Unterstützung gegen Indien. Die Eskalation des Konflikts würde China zur Wahl zwischen beiden Lagern zwingen, wobei es deutliche Zeichen dafür gibt, daß die chinesisch-indischen Beziehungen unter solch einer Entwicklung leiden würden. Es verwundert daher kaum, daß Pakistan und sein Außenminister Yakub Khan mehr von Eskalation als von Deeskalation reden.

Pakistan würde wohl gerne einen Krieg mit Indien so lange wie möglich vermeiden. Es würde jedoch, falls es nicht aufgehalten wird, weiterhin für die Fortsetzung und die Ermutung eines 'Konflikts auf niedrigem Niveau' innerhalb von Jammu/Kashmir sorgen. Parallel dazu hofft es und arbeitet darauf hin, daß die Frage zuerst durch die moslemischen Länder und dann, mit deren Hilfe, durch die Vereinten Nationen internationalisiert wird. Es wird ebenso alles daran setzen, die öffentliche Meinung in Indien zu beeinflussen, um daraus Vorteile zu ziehen. Wenn fortwährend die Kontrolllinie in Jammu/Kashmir verletzt wird, dann wird Indien irgendwann reagieren müssen. Pakistan könnte dies dann zum Anlaß für einen Krieg nehmen.

Wir müssen deshalb gut überlegen, wie wir weiter vorgehen sollen. Es besteht die Gefahr von pakistanisch initiierten kommunistischen Ausschreitungen in den übrigen Landesteilen (Anm.: Schüren von Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Hindus). Bevor im Kashmirtal die Schneeschmelze beginnt, muß dort Normalität wiederhergestellt sein, damit Pakistan nicht mit der Infiltration einer großen Zahl von Agenten beginnen kann. Die nächsten Wochen werden kritisch.

Jasjit Singh  
(Übersetzung - mit leichten Kürzungen -: Matthias Labouvie).